

Haushaltskonsolidierungskonzept des Kreises Bergstraße für den Finanzplanungszeitraum 2009 bis 2012 (Stand 27.10.08)

1. Vorbemerkung

Nach § 92 Abs. 4 HGO i. V. m. der Leitlinie zur Haushaltskonsolidierung der kommunalen Haushalte des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 03.08.2005 müssen defizitäre Kommunen gleichzeitig mit dem Antrag auf Haushaltsgenehmigung eine gesonderte, detaillierte Beschreibung der vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen vorlegen. Dem Haushaltskonsolidierungskonzept muss der Zeitraum zu entnehmen sein, in dem der Ausgleich des Ergebnishaushalts erreicht werden soll.

Das Haushaltskonsolidierungskonzept 2008 – 2011 musste zwangsläufig der Struktur des ersten doppischen Haushaltsplans für das Jahr 2008 und der Finanzplanung für die Jahre 2009 bis 2011 angepasst werden. Die Kontinuität zu den bisherigen Haushaltssicherungskonzepten war somit nicht mehr gewährleistet. Wie die Finanzplanung so orientierte sich auch der Aufbau des Konzepts 2008 – 2011 an der Struktur des Gesamtergebnishaushalts. Im Haushaltskonsolidierungskonzept 2009 – 2012 werden die beabsichtigten Konsolidierungsmaßnahmen für den gesamten Finanzplanungszeitraum produktbezogen dargestellt.

2. Bisherige Maßnahmen mit nachhaltiger Wirkung

Seit 2003 wurden 66,5 Stellen in der Kreisverwaltung abgebaut. Dieser umfangreiche Stellenabbau brachte eine Ersparnis von rd. 3,2 Mio. € jährlich. Da die abgebauten Stellen zwischenzeitlich nicht wieder besetzt wurden, ist der Einspareffekt nachhaltig.

Weiteres dauerhaftes Einsparpotential ergibt sich durch die Bildung eines „Hausmeisterpools“ bzw. die Übertragung der Zuständigkeit für mehrere Gebäude. Im Zuge der Umsetzung dieses Hausmeisterkonzepts konnten 3,5 Stellen eingespart werden, da nach Ausscheiden von Hausmeistern in den Ruhestand diese Stellen nicht erneut besetzt wurden, sondern die Sicherstellung des Hausmeisterdienstes durch Umsetzungen und organisatorische Änderungen erreicht wurde.

Durch die Durchführung des „Sale and lease back“ – Geschäfts hat der Kreis einen Barwertvorteil, welcher die Differenz zwischen dem Verkaufserlös und den akkumulierten Leasinggebühren darstellt, in Höhe von rd. 8 Mio. € erzielt. Der erhaltene Barwertvorteil senkt den Kreditbedarf des Kreises und hat somit langfristig Einsparungen beim Zinsaufwand zur Folge.

Im Jahr 1986 nahm das Kommunale Jugendbildungswerk des Kreises Bergstraße seine Arbeit auf. Im Rahmen der Neuorganisation des Jugendamtes im Jahre 2003 und der damit verbundenen Regionalisierung veränderte sich die Personal- und Organisationsstruktur. Im Herbst 2003 wurde auf politischer und fachlicher Ebene über die Frage nachgedacht, die Arbeit durch einen Dritten durchführen zu lassen. Im vierten Quartal 2004 wurden drei freie Träger durch den Verwaltungsausschuss des KJBW beauftragt, Veranstaltungen zur außerschulischen Jugendbildung anzubieten. Im Jahr 2005 traf der Verwaltungsausschuss eine verbindliche Entscheidung über die zukünftige Beauftragung. Der Kreis leitet die Landeszuweisungen seitdem an die be-

auftragten Träger weiter, es entstehen keine eigenen Aufwendungen mehr. Somit ergibt sich eine jährliche Einsparung in Höhe von rd. 200 T€.

Durch ein aktives Schuldenmanagement mit Ausnutzung von Zinsvergünstigungen sowie durch vorzeitige Zinsanpassungen konnten die Zinsaufwendungen in den letzten Jahren trotz Anstieg der Verschuldung relativ konstant gehalten werden. Der Kreis versucht durch ein aktives Kreditportfoliomanagement den Anstieg der Zinsbelastung weiterhin zu minimieren. Es wird mit einer Entlastung von 200 – 300 T€ jährlich gerechnet.

Beim Geoinformationssystem (GIS) sind durch den Abschluss eines neuen Rahmenvertrages mit der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation Einsparungen für den Kreishaushalt in Höhe von 344 T€ im Zeitraum 2008 – 2011 zu erwarten.

Eine weitere Maßnahme, die bereits seit 1994 in den Konsolidierungskonzepten verankert ist, ist die Veräußerung von Vermögen. Im Rahmen des Konsolidierungskonzepts 2008 – 2010 wurde der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft beauftragt, das Anlagevermögen des Kreises hinsichtlich einer Vermarktung zu analysieren. Durch den in den letzten Jahren erfolgten Verkauf von Liegenschaften ist von einer nachhaltigen Reduzierung der Instandhaltungs- und Bewirtschaftungskosten auszugehen. Durch den Verkauf entstand darüber hinaus ein Einmaleffekt, der zu einer Senkung der Kreditaufnahme und somit zu einer geringeren Zinsbelastung führte.

3. Strategische Neuausrichtung

Die Jugendhilfe des Kreises Bergstraße soll in den nächsten Jahren grundlegend umstrukturiert werden. Beabsichtigt ist die planvolle Umsteuerung der zur Verfügung stehenden Ressourcen v. a. auf präventive Angebote, auf die Förderung der (Ganztags) – Schulkinderbetreuung, auf Elternunterstützende Methoden und veränderte Arbeitsweisen der Jugendhilfe. Handlungsmaxime ist „Prävention vor Intervention“. Die Maßnahmen umfassen den Aufbau einer präventiven Leistungsstruktur, den Umbau der erzieherischen Hilfen sowie eine stärkere Fokussierung auf Qualitätssicherung und Controlling. Das Konzept ist als Anlage beigefügt.

Zur Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Einsparung von Personalaufwendungen zur Haushaltskonsolidierung wurde eine Arbeitsgruppe gegründet. Ziele sind die Deckelung der Personalaufwendungen auf dem Rechnungsergebnis des Haushaltsjahres 2009 (Netto – Aufwendungen ohne Berücksichtigung von Tarifierhöhungen) sowie die Deckelung der Stellenanzahl auf dem Niveau des Stellenplanes 2009 unter dem Vorbehalt, dass der Kreisverwaltung keine zusätzlichen gesetzlichen Aufgaben zugewiesen werden, die mit dem vorhandenen Personal nicht erfüllt werden können. Maßnahmen zur Erschließung struktureller Einsparmaßnahmen sollen u. a. eine strukturierte und flächendeckende Aufgabenkritik sowie der Einstieg in eine Personalkostenbudgetierung sein.

Durch die Einrichtung eines zentralen Forderungsmanagements im Zuge der Umstellung auf die Doppik soll die Überwachung und fristgerechte Realisierung von Forderungen im Sozialbereich verbessert werden.

Im Teilhaushalt Soziales und Jugend wird zur Zeit eine Evaluation durchgeführt. Ziel ist eine optimierte Aufbau- und Ablauforganisation, die durch mehr Effizienz Konsolidierungspotentiale erschließen soll. Das Ergebnis wird in das folgende Haushaltskonsolidierungskonzept aufgenommen.

Eine weitere Maßnahme ist die dauerhafte Überprüfung aller Verträge mit dem Ziel der Aufwandsreduzierung durch Kündigungen bzw. Neuabschlüsse zu günstigeren Konditionen. Hierzu wurden die Abteilungen der Kreisverwaltung im Juni 2008 aufgefordert, alle bestehenden Vertragsverhältnisse mitzuteilen, die im Haushalt zu finanziellen Belastungen führen.

4. Haushaltskonsolidierung 2009 – 2012

Wie in der Vergangenheit soll zunächst die aktuelle Finanzsituation des Kreises durch einen Rückblick analysiert werden. Der Aufbau des neuen Haushaltskonsolidierungskonzeptes orientiert sich an der produktorientierten Struktur des Haushaltes. Der Darstellung der Entwicklungen in den jeweiligen Teilhaushalten folgen Erläuterungen zu ausgewählten Produkten.

Als Anlage beigefügt sind die Ergebnis- und Finanzplanung von 2009 bis 2012, die produktorientierte Darstellung der Konsolidierung und die Liste der freiwilligen Leistungen.

4.1 Rückblick

Rückblickend soll auf der Basis der finanziellen Entwicklung des Haushaltsjahres 2008 die Konsolidierung im Zeitraum 2009 bis 2012 betrachtet werden.

Der Kreistag wird am 03.11.2008 voraussichtlich den Nachtrag zum Haushaltsplan 2008 mit einem jahresbezogenen Fehlbetrag von rd. 26,3 Mio. € verabschieden. Damit wird der im Haushaltsplan 2008 ausgewiesene Fehlbetrag um 8 Mio. € überschritten. Dies ist in erster Linie auf außerordentliche Aufwendungen im SGB II – Bereich und auf die Darstellung einer periodenfremden Zinsbelastung zurückzuführen. Im Zusammenhang mit der Abrechnung von Leistungen aus den Jahren 2005 bis 2007 entstanden periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 2.520 T€. Die rückwirkende Erhöhung des kommunalen Finanzierungsanteils verursachte periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 1.300 T€. Aus einem Unterschlagungsfall entstanden periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 496,3 T€.

Zuzüglich der Rechnungsfehlbeträge aus den Jahren 2005 (rd. 43,4 Mio. €), 2006 (rd. 40,6 Mio. €) und 2007 (rd. 46,0 Mio. €) entsteht zum Jahresende 2008 ein kumuliertes Gesamtdefizit von rd. 156,3 Mio. €. Die Finanzplanung des Haushaltes 2008 sah für das Jahr 2008 noch ein kumuliertes Gesamtdefizit von rd. 152,3 Mio. € vor.

Die Erhöhung um 4 Mio. € ist auf die negative Entwicklung im Haushaltsjahr 2008 mit einem höheren Haushaltsfehlbetrag zurückzuführen. Allein durch die Entwicklung des Haushaltsjahres 2008 würde sich das in der Finanzplanung für das Jahr 2011 prognostizierte kumulierte Defizit von 164,6 Mio. € auf 172,6 Mio. € erhöhen.

4.1.1 Kommunaler Finanzausgleich 2008

Im Haushaltsplan 2008 waren folgende Ansätze gebildet worden:

Kreisumlage	76.165,5 T€
Schulumlage	53.633,0 T€
Schlüsselzuweisungen	32.145,8 T€
Krankenhausumlage	3.666,8 T€
LWV-Umlage	33.137,2 T€
Überschuss	125.140,3 T€

Aufgrund höherer Umlagegrundlagen (Gemeindeschlüsselzuweisungen und Steuerkraftmesszahlen) erhöhen sich bei gleichbleibendem Hebesatz Kreis- und Schulumlage. Die Schlüsselzuweisungen sinken aufgrund einer niedrigeren Schlüsselmasse für die Landkreise im kommunalen Finanzausgleich. Die Krankenhausumlage steigt aufgrund höherer Umlagegrundlagen. Die LWV – Umlage sinkt trotz höherer Umlagegrundlagen aufgrund eines niedrigeren Hebesatzes. Im Nachtragshaushalt 2008 haben sich die oben genannten Werte demnach wie folgt verändert:

Kreisumlage	76.840,0 T€
Schulumlage	54.140,5 T€
Schlüsselzuweisungen	32.000,0 T€
Krankenhausumlage	3.693,4 T€
LWV-Umlage	32.827,0 T€
Überschuss	126.460,1 T€

Folglich wurde eine Verbesserung von 1.319,8 T€ im Entwurf des Nachtragshaushaltes des Kreises veranschlagt.

Wie bereits in der Vergangenheit zum Ausdruck gebracht, macht auch diese Entwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs deutlich, dass der Landkreis Bergstraße ohne eine wesentlich verbesserte Finanzausstattung auf Dauer nicht in der Lage ist, seinen Haushalt auszugleichen.

4.1.2 Privatrechtliche Leistungsentgelte

Der Ansatz für Privatrechtliche Leistungsentgelte in Höhe von rd. 100 T€ bleibt im Nachtragshaushalt 2008 unverändert gegenüber der ursprünglichen Veranschlagung.

4.1.3 Öffentlich – Rechtliche Leistungsentgelte

Der Ansatz für Öffentlich – Rechtliche Leistungsentgelte sinkt im Nachtragshaushalt um 78,5 T€ auf 6.677 T€. Wesentliche Ursachen hierfür sind die rückläufigen Gebühren im Bereich des Aufenthaltsrechts von Ausländern und die rückläufigen Gebühreneinnahmen des Revisionsamtes. Grund bei den Gebühren des Ausländeramtes ist eine rückläufige Nachfrage nach Leistungen. Der Rückgang der Gebühreneinnahmen beim Revisionsamt steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Reduzierung des Personaleinsatzes. Beim Gewässerschutz hingegen ist ein leichter Anstieg der Gebühreneinnahmen zu verzeichnen. Ferner reduzieren sich die Gebührenerträ-

ge beim Brandschutz, da die geplanten Gefahrenverhütungsschauen aus personellen Gründen nicht im vollen Umfang durchgeführt werden konnten.

4.1.4 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Der Ansatz für Kostenersatzleistungen und -erstattungen steigt im Nachtragshaushalt 2008 um 861 T€ auf 4.604 T€ an. Dies ist insbesondere auf folgende Gründe zurückzuführen: die Zunahme der unbegleiteten jungen Volljährigen führt zu höheren Erstattungsleistungen; aufgrund der Tarifierhöhung und eines gestiegenen Personaleinsatzes erhöht sich die Erstattungsleistung des Eigenbetriebs „Neue Wege“; die Zahl der Schüler aus anderen Bundesländern ist im Bereich der Haupt- und Realschulen erheblich angestiegen, die Erstattungsleistung des Landes erhöht sich entsprechend.

4.1.5 Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen

Die Erträge aus gesetzlichen Umlagen steigen im Nachtragshaushalt um 1.182 T€ auf 130.981 T€ an (siehe 1.1 Kommunalen Finanzausgleich 2008).

4.1.6 Erträge aus Transferleistungen

Die Erträge sind im Nachtragshaushalt um 2.038 T€ auf 81.739,5 T€ gesunken. Die Leistungen nach SGB II (ohne Unterkunft und Heizung) sinken um 2.000 T€ in Ertrag und Aufwand durch eine Steigerung der Personen mit anrechenbarem Einkommen, trotz einer Anhebung des Regelsatzes. Die Transfererträge aus dem Ersatz von Leistungen in Einrichtungen steigen aufgrund der zunehmenden Erstattungsfälle um 172,5 T€ an.

4.1.7 Erträge aus Zuweisungen u. Zuschüssen für laufende Zwecke u. allg. Umlagen

Die Erträge sinken um 868 T€ auf 59.602 T€. Die Verteilung des Ertrages aus dem Sozialhilfelastenausgleich auf die zu berücksichtigenden Produkte wurde dem Ausgabenstand des Rechnungsergebnisses des HJ 2006 angepasst. Aufgrund der vorläufigen Festsetzung durch das HMdF war bei der Verteilung ein Rückgang des ursprünglichen Ansatzes um 296,1 T€ zu berücksichtigen.

Die Zuweisung für den Wegfall des Wohngeldes wurde im HJ 2007 um 1.326 T€ auf 2.981 T€ erhöht. Im Haushalt 2008 wurde eine entsprechende Anpassung vorgenommen. Die Zahl der erstattungsfähigen Asylbewerber ist weniger rückläufig als erwartet. Dadurch erhöht sich die Landeszuweisung entsprechend.

Bei der Reaktivierung der Überwaldbahn für touristische Zwecke sind Verzögerungen eingetreten, die eine Aktualisierung der Haushaltsansätze erforderlich machten. Ferner ist die Landeszuweisung bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entsprechend der vorläufigen Festsetzungen im KFA um 137 T€ nach oben angepasst worden.

4.1.8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten

Die Erträge erhöhen sich um 20 T€ auf 1.687 T€. Dies ist auf eine höhere Schulbaupauschale zurückzuführen.

4.1.9 Sonstige ordentliche Erträge

Der Ansatz für sonstige ordentliche Erträge in Höhe von rd. 177 T€ bleibt im Nachtragshaushalt 2008 unverändert gegenüber der ursprünglichen Veranschlagung.

4.1.10 Personal- und Versorgungsaufwendungen

Die Personalaufwendungen erhöhen sich um 1.219 T€ auf 29.669 T€, die Versorgungsaufwendungen erhöhen sich um 228 T€ auf 3.504 T€. Die Personalaufwendungen steigen aufgrund von Tarifierhöhungen und Besoldungsanpassungen. Bei den Versorgungsaufwendungen erhöht sich die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen um 62 T€ aufgrund und von Versorgungsanpassungen, die Zuführung zu den Beihilferückstellungen um 166 T€.

4.1.11 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen erhöhen sich im Nachtragshaushalt um 1.002 T€ auf 31.557 T€. Hauptgründe hierfür sind der Wegfall des Eigenanteils an der Schülerbeförderung mit Wirkung vom 01.06.2008. Dadurch erhöht sich der Aufwand für die verbleibenden sieben Monate um 585 T€. Im Bereich der Kreisstraßen wurden aus dem Haushalt 2007 Mittel in Höhe von 334 T€ für Deckenerneuerungsmaßnahmen und 236 T€ für Unterhaltungsmaßnahmen übertragen.

4.1.12 Abschreibungen

Der Abschreibungsaufwand sinkt im Nachtragshaushalt um 1.920 T€ auf 3.394 T€. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass der wesentliche Teil der Investitionen im Bereich Medienentwicklung an Schulen dem Vermögen des Eigenbetriebs „Gebäudewirtschaft“ zuzuordnen ist. Daher ist ein erheblicher Rückgang der geplanten Abschreibungen in Höhe von 1.480 T€ zu verzeichnen.

Des Weiteren müssen die Abschreibungen im Bereich der Kreisstraßen nach Abschluss der Vermögenserfassung um 500 T€ nach unten korrigiert werden. Außerdem wurden bei der Aufstellung der Eröffnungsbilanz im Bereich des IT - Managements Vereinfachungsverfahren angewendet, die zu einer Reduzierung der Abschreibungen geführt haben. Die Abschreibung verringert sich somit für immaterielle Vermögensgegenstände um 200 T€ und für IT – Einrichtungen um 190 T€.

4.1.13 Aufwendungen f. Zuweisungen u. Zuschüsse sowie bes. Finanzzuwendungen

Die Aufwendungen haben sich um 101 T€ auf 42.485 T€ erhöht. Ursachen hierfür sind die Kostenerstattung für die Außenstelle der Zulassung in Hirschhorn (38 T€), der Zuschuss an die Lorsche Entwicklungsgesellschaft für die Konzeptstudie zur ICE – Neubaustrecke (18 T€) sowie eine erhöhte Zuweisung an die Tourismusmarketing GmbH aufgrund einer veränderten Zuordnung von Personal (36,5 T€).

4.1.14 Steueraufwendungen einschl. Aufwend. aus gesetzl. Umlageverpflichtungen

Die Aufwendungen sinken im Nachtragshaushalt um 436 T€ auf 36.875 T€. Die Umlage für den Verband Region Rhein – Neckar wird zukünftig unmittelbar durch das Land Hessen getragen. Die LWV – Umlage sinkt um 310,2 T€ (siehe 1.1 Kommunaler Finanzausgleich 2008). Die Umsatzsteuerpflicht für den Personaleinsatz beim Geopark entfällt.

4.1.15 Transferaufwendungen

Die Transferaufwendungen erhöhen sich im Nachtragshaushalt um 3.180 T€ auf 150.708 T€. Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie auf die Jugendhilfeleistungen zurückzuführen.

Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zeichnet sich folgende Entwicklung ab: außerhalb von Einrichtungen wird mit einem Anstieg der Fallzahl auf 1.631 Fälle und einem zusätzlichen Aufwand von 1.189 T€ gerechnet. Innerhalb von Einrichtungen wird mit einem Anstieg auf 190 Fälle und einem zusätzlichen Aufwand von 44 T€ gerechnet.

Bei den Jugendhilfeleistungen außerhalb von Einrichtungen ist ein weiterer Anstieg um 64 Fälle zu verzeichnen. Dies führt zu einem zusätzlichen Aufwand von rd. 712 T€. Bei den Jugendhilfeleistungen innerhalb von Einrichtungen ist ein Anstieg um 33 Fälle zu verzeichnen. Dies führt zu einem Mehraufwand von 1.760 T€.

Bei den SGB II – Leistungen ergab eine Neuberechnung der Kosten der Unterkunft einen Rückgang von 500 T€. Bei der Hilfe zur Erziehung sowie bei den anderen Aufgaben der Jugendhilfe wurden im Zusammenhang mit dem Umsteuerungsprojekt des Jugendamtes jeweils 12,5 T€ Mehrbedarf veranschlagt.

4.1.16 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Der Ansatz für sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 7 T€ bleibt im Nachtragshaushalt 2008 unverändert gegenüber der ursprünglichen Veranschlagung.

4.1.17 Finanzerträge

Die Finanzerträge erhöhen sich um 800 T€ auf 3.296 T€. Zurückzuführen ist dieser Anstieg auf zusätzlich für das Jahr 2008 zu erwartende Zinserträge für Derivate auf der Basis der bestehenden und voraussichtlich noch abzuschließenden Zinssicherungsgeschäfte sowie aktueller Zinsprognosen.

4.1.18 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Zinsaufwand geht um 151 T€ auf 12.209 T€ zurück. Die Aufwendungen für Kassenkreditzinsen sinken aufgrund der aktualisierten Zinsberechnung.

4.1.19 Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge erhöhen sich um 1.345 T€ auf 1.384 T€. Im Zusammenhang mit der Abrechnung von Leistungen aus den Jahren 2005 bis 2007 entstehen im SGB II – Bereich periodenfremde Erträge in Höhe von 630 T€. Des Weiteren wurden periodenfremde Zinserträge aus Derivaten in Höhe von 689,6 T€ veranschlagt, die im HJ 2008 vereinnahmt wurden, aber dem Ergebnis des HJ 2007 zuzurechnen sind.

4.1.20 Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen erhöhen sich um rd. 6.045 T€ auf rd. 6.162 T€. Diese außerordentlichen Aufwendungen sind in erster Linie auf periodenfremde Auf-

wendungen im SGB II – Bereich (siehe Seite 3) und periodenfremde Zinsaufwendungen zurückzuführen.

4.2 Haushaltskonsolidierung 2009 bis 2012

Der Aufbau des neuen Haushaltskonsolidierungskonzeptes orientiert sich an der produktorientierten Struktur des Haushaltes. Der Darstellung der Entwicklungen in den jeweiligen Teilhaushalten folgen Erläuterungen zu Produkten, die 2009 eine Veränderung von mehr als 25 T€ gegenüber dem Vorjahr aufweisen. Beurteilt wurde jeweils die Entwicklung des ordentlichen Ergebnisses. Die Interne Leistungsverrechnung wurde nicht berücksichtigt. Konsolidierungspotential, das 10 T€ pro Produkt und Jahr unterschreitet, ist nicht in dieser Betrachtung einbezogen. In diesem Zusammenhang wird auf die als Anlage beigefügte produktorientierte Darstellung der Konsolidierung verwiesen.

Überblick

Der Gesamtergebnishaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 schließt mit einem negativen Ergebnis von rd. 19,1 Mio. € ab. Bereinigt um zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen ergibt sich ein Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit von 16,9 Mio. €.

Der Gesamtfinanzhaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 schließt mit einem Finanzfehlbedarf von rd. 19,6 Mio. € ab. Unter Berücksichtigung des voraussichtlichen negativen Finanzmittelbestandes am Anfang des Haushaltsjahres 2009, bestehend aus dem Bestand an Kassenkrediten von voraussichtlich rd. 163 Mio. €, ergibt sich ein voraussichtlicher negativer Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres 2009 in Höhe von rd. 183 Mio. €.

Die Ergebnis- und Finanzplanung für den Zeitraum von 2010 bis 2012 basiert auf Orientierungsdaten des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport (Erlass vom 23.07.2008). Die Fortschreibung der positiven Entwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs und die Konsolidierung von Aufwendungen führt in den Jahren 2010 bis 2012 zu einer weiteren Reduzierung der Fehlbedarfe. Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Haushaltsjahr 2009 im Bereich der Kreisverwaltung (ohne Schulen) hat ein Konsolidierungspotential von rd. 1,3 Mio. € Berücksichtigung gefunden, das sich im Einzelnen wie folgt darstellt:

Produkt – Nr.	Produktbezeichnung	Wert in €	Begründung
1051	Personalmanagement	43.118	Senkung der Aufwendungen für Rechtstreitigkeiten, Seminargebühren und Fortbildungsmaßnahmen
1070	IT – Management	68.400	Senkung der Aufwendungen für Wartung, Instandhaltung und Leasing, insbesondere durch GIS
1081	Zentrale Dienste und Fuhrpark	10.500	Aufwendungen für Beratungsleistungen entfallen
1100	Zentrales Controlling	19.020	Senkung der Aufwendungen für Beratungsleistungen, Dienstreisen und Fortbildung

1110	Revision	18.000	Senkung der Aufwendungen für Fortbildung
1150	Rechtsberatung und -betreuung	15.000	Senkung der Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten
1170	Haushaltsplanung und Finanzmanagement	9.000	Senkung der Aufwendungen für Beratungsleistungen
1181	Buchhaltung, Zahlungsverkehr u. Vollstreckung	10.000	Senkung der Aufwendungen für Beratungsleistungen
1241	Ordnungs- und Gewerwesen	3.000	Senkung der Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten
1261	Zulassungs- und Führerscheinwesen	101.500	Senkung d. Aufwendungen f. Vordrucke u. Wegfall d. Datenerfassung d. Unternehmer
1280	Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde	16.700	Wegfall der Überprüfung von Straßenbeschilderungen
1311	Allgemeines Veterinärwesen	1.000	Senkung der Aufwendungen für bezogene Leistungen
3080	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	307.500	Senkung der Unterbringungskosten
3135	Hilfen für jüdische Emigranten und Spätaussiedler	61.000	Senkung der Unterbringungskosten
3190	Hilfen für junge Volljährige	5.000	Senkung der Aufwendungen für Dienstreisen
4020	Gesundheitsschutz	8.790	Senkung der Aufwendungen für Praxis- und Laborbedarf
5020	Dorf- und Regionalentwicklung	26.455	Senkung der Aufwendungen für Betriebsstoffe und Verbrauchswerkzeuge
5051	Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnungsbau	10.300	Senkung der Aufwendungen für bezogene Leistungen
5070	Denkmalschutz	5.015	Senkung der Aufwendungen für Betriebsstoffe und Verbrauchswerkzeuge
5090	Verwaltung der Kreisstraßen	566.700	Senkung der Aufwendungen für die Sanierung und Instandsetzung von Kreisstraßen nach erfolgter Abstufung
5100	ÖPNV	12.500	Senkung der Aufwendungen für die Bestellung von SPNV – Mehrleistungen
5130	Landwirtschaft, Landschaftspflege und Forsten	19.330	Senkung der Aufwendungen für Betriebsstoffe und Verbrauchswerkzeuge
	Summe	1.337.828	

Bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen sind im Haushaltsplanentwurf 2009 außer der Tarifierhöhung keine weiteren Aufwandssteigerungen vorgesehen. Die ursprünglich in der Finanzplanung vorgesehene Steigerung in Höhe von 317 T€ (1% für Personal- und Versorgungsaufwendungen) wird abgeplant.

Der Personal- und Versorgungsaufwand erhöht sich in den Jahren 2010 bis 2012 um 2% p. a. aufgrund von nicht steuerbaren Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der übrige, steuerbare Personalaufwand soll auf dem Rechnungsergebnis des Jahres 2009 gedeckelt werden. D. h. Mehraufwendungen, welche außerhalb von Tarifierhöhungen entstehen, sind durch Personalbewirtschaftungsmaßnahmen auszugleichen. Um dies zu gewährleisten soll eine umfangreiche Aufgabenkritik in der Kreisverwaltung durchgeführt werden.

4.2.1 Teilhaushalt 1 Zentrale Verwaltung

Das Defizit des Teilhaushalts 1 verringert sich im Jahr 2009 um 191 T€ auf 13.054 T€. Der Rückgang bei den Öffentlich – rechtlichen Leistungsentgelten sowie der Anstieg der Personalaufwendungen werden durch einen Rückgang der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen kompensiert.

4.2.1.1 Produkt 1010 Verwaltungsführung und -steuerung

Das Defizit verringert sich um 992 T€ auf 808 T€. Dies ergibt sich daraus, dass die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Kreisgremien und Fraktionsfördermittel bei Produkt 1020 und die Beiträge zum HLT und den Wasserverbänden bei Produkt 6030 veranschlagt werden.

4.2.1.2 Produkt 1020 Gremienmanagement

Das Defizit erhöht sich um 335 T€ auf 547,5 T€. Ursachen hierfür sind die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Kreisgremien und Fraktionsfördermittel, die bis 2008 bei Produkt 1010 veranschlagt waren.

4.2.1.3 Produkt 1051 Personalmanagement und -entwicklung

Das Defizit erhöht sich um 253 T€ auf 2.023 T€. Hauptgrund hierfür ist ein höherer Personal- und Versorgungsaufwand.

4.2.1.4 Produkt 1070 IT – Management

Das Defizit verringert sich um 133 T€ auf 1.965 T€. Diese Verbesserung resultiert aus einem geringerem Aufwand für Software- und Wartungsverträge sowie für Lizenzen und Konzessionen. Hierunter fallen die zu zahlenden Benutzerentgelte an die KIV für die Verfahren der Abteilungen Straßenverkehrswesen und des Ausländer- und Migrationsamtes.

4.2.1.5 Produkt 1110 Revision

Das Defizit verringert sich um 32 T€ auf 664 T€. Dies ist auf höhere Gebühreneinnahmen im Zusammenhang mit der Ausweitung des Personaleinsatzes zurückzuführen. Ferner verringert sich der Aufwand für Aus- und Fortbildung um 18 T€. Veranschlagt wurde hier der Aufwand für Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen der Doppikeinführung und für den Bereich SGB II / SGB XII sowie die technische Prüfung. Dem steht ein höherer Personal- und Versorgungsaufwand entgegen.

2010 wird mit einem Anstieg der Gebühreneinnahmen in Höhe von 17 T€ gerechnet. In den Jahren 2011 und 2012 ist eine Steigerung von je 20 T€ geplant. Grund hierfür ist die Prüfung der Eröffnungsbilanzen der Kommunen.

4.2.1.6 Produkt 1140 Beschäftigtenvertretung

Das Defizit verringert sich um rd. 35 T€ auf 224 T€. Dies resultiert aus einem Rückgang bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen.

4.2.1.7 Produkt 1181 Buchhaltung, Zahlungsverkehr und Vollstreckung

Das Defizit erhöht sich um rd. 60 T€ auf 901 T€. Hauptgrund hierfür ist ein Anstieg beim Personal- und Versorgungsaufwand. Einsparungen gibt es hingegen durch den Wegfall des Aufwands für betriebswirtschaftliche Beratungen.

4.2.1.8 Produkt 1241 Ordnungs- und Gewerbeswesen

Das Defizit erhöht sich um rd. 55 T€ auf 159 T€. Dies begründet sich in höheren Personal- und Versorgungsaufwendungen sowie im Rückgang der Verwaltungsgebühren. Einsparungen sind hingegen bei den sonstigen Aufwendungen aus steuerähnlichen Abgaben zu verzeichnen. Es handelt sich hierbei um die Einnahmen aus der Jagdscheinerteilung. Da ein Teil der Jagdscheininhaber einen Dreijahresjagdschein statt eines Jahresjagdscheins löst, ist die Summe der abzuführenden Einnahmen jährlich wechselnd.

4.2.1.9 Produkt 1261 Zulassungs- und Führerscheinwesen

Der Überschuss verringert sich um 80 T€ auf rd. 715 T€. Ursächlich hierfür sind ein Rückgang der Gebühreneinnahmen sowie höhere Personal- und Versorgungsaufwendungen. Einsparungen ergeben sich indessen bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen durch Überprüfung von Verträgen sowie durch einen geringeren Aufwand für Vordrucke.

In den Jahren 2010 bis 2012 wird von einem Anstieg der Gebühreneinnahmen von jeweils 20 T€ gegenüber dem Vorjahr ausgegangen.

4.2.1.10 Produkt 1311 Allgemeines Veterinärwesen

Das Defizit erhöht sich um 117 T€ auf 344 T€. Dies ist in erster Linie auf höhere Personal- und Versorgungsaufwendungen zurückzuführen.

4.2.1.11 Produkt 1331 Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte

Das Defizit erhöht sich um rd. 40 T€ auf 1.052 T€. Dieser Anstieg begründet sich in höheren Personal- und Versorgungsaufwendungen sowie in rückläufigen Gebühreneinnahmen.

4.2.1.12 Produkt 1361 Brand- und Katastrophenschutz

Das Defizit erhöht sich um 144 T€ auf 1.092 T€. Ursächlich dafür sind höhere Personal- und Versorgungsaufwendungen, der Wegfall der Kostenerstattungen von verbundenen Unternehmen und von Gemeinden, eine höhere Kostenerstattung an den Eigenbetrieb Rettungsdienst sowie ein höherer übriger sonstiger Materialaufwand

aufgrund der Durchführung einer Waldbrandübung als Vollübung sowie einer Dekontaminationsübung. Dem gegenüber stehen höhere Gebühreneinnahmen durch die Einstellung einer weiteren Kraft im Bereich Gefahrenverhütungsschauen.

4.2.2 Teilhaushalt 2 Schule und Kultur

Das Ordentliche Ergebnis des Teilhaushalts 2 verschlechtert sich im Jahr 2009 um 3.197 T€ von rd. 985 T€ auf – 2.212 T€. Auf der Aufwandseite wird der höhere Aufwand für Sach- und Dienstleistungen durch einen geringeren Aufwand für Zuweisungen und Zuschüsse kompensiert. Die Erträge aus der Schulumlage gehen um 3.054 T€ auf 49.256,5 T€ zurück. Ursache hierfür ist die Verrechnung von Überschüssen bei der Erhebung der Schulumlage aus den Jahren 2006 und 2007.

4.2.2.1 Produkt 2010 Grundschulen

Das Defizit verringert sich um 621 T€ auf 4.093 T€. Dies begründet sich v. a. im Rückgang der Beiträge zur Schülerunfallversicherung. Ferner ist der Aufwand für Lehr- und Unterrichtsmaterial rückläufig. Der Aufwand für Fremdreinigung steigt hingegen an.

4.2.2.2 Produkt 2021 Kombinierte Schulformen

Das Defizit verringert sich um 375 T€ auf 4.893 T€. Hauptgrund hierfür ist der Wegfall des Leasingaufwands, der ab 2009 bei Produkt 2085 veranschlagt wird. Die Aufwendungen für Fremdreinigung, die Beiträge zur Schülerunfallversicherung sowie der Aufwand für Instandhaltung von Einrichtung und Ausstattung steigen dagegen an.

Ab 2010 werden zusätzliche Abschreibungen in Höhe von 17 T€ veranschlagt. Grund hierfür ist die Anschaffung sonstiger Betriebsausstattung (Investitionssumme: 80 T€) an der Alexander – von – Humboldt – Schule in Viernheim, die Beschaffung von Einrichtung (Investitionssumme: 30 T€) an der Geschwister – Scholl – Schule in Bensheim sowie der Erwerb von beweglichen Sachen (Investitionssumme: 60 T€).

4.2.2.3 Produkt 2040 Gymnasien

Das Defizit verringert sich um 99 T€ auf 3.520 T€. Dies resultiert aus dem Wegfall des Leasingaufwands, der ab 2009 bei Produkt 2085 veranschlagt wird, einem geringeren Aufwand für Fremdreinigung sowie für Betriebsstoffe und Verbrauchswerkzeuge. Außerdem fällt der Aufwand für bezogene Leistungen weg. Demgegenüber stehen höhere Abschreibungen auf Betriebsausstattung, höhere Beiträge zur Schülerunfallversicherung sowie der erstmals veranschlagte Aufwand für Ganztagesangebote und den übrigen sonstigen Materialaufwand.

Ab 2010 werden zusätzliche Abschreibungen in Höhe von 228 T€ veranschlagt. Grund hierfür ist die Fertigstellung der Maßnahme Albertus – Magnus – Schule in Viernheim (Investitionssumme: 3.236 T€), die Anschaffung von Einrichtung am Starckenburg – Gymnasium in Heppenheim (Investitionssumme: 90 T€) sowie der Erwerb von beweglichen Sachen (Investitionssumme: 35 T€). 2011 erhöht sich die Abschreibung um weitere 14,5 T€ aufgrund der Anschaffung von Einrichtung an der Martin – Luther – Schule in Rimbach (Investitionssumme: 110 T€).

4.2.2.4 Produkt 2060 Förderschulen

Das Defizit verringert sich um 335 T€ auf 1.704 T€. Dies begründet sich im Wegfall des Leasingaufwands, der ab 2009 bei Produkt 2085 veranschlagt wird, und der Aufwendungen für bezogene Leistungen. Ferner sinken die Beiträge zur Schülerunfallversicherung.

Ab dem Jahr 2011 fallen zusätzlich jährlich Abschreibungen in Höhe von 177 T€ an. Dies begründet sich hauptsächlich in der Fertigstellung des Neubaus der Seebergschule in Bensheim (170 T€ Investitionssumme) und in der Fertigstellung der Martinsschule in Ladenburg (6.860 T€ Investitionssumme).

4.2.2.5 Produkt 2070 Berufliche Schulen

Das Defizit verringert sich um 171 T€ auf 1.612 T€. Ursächlich hierfür sind der Wegfall des Leasingaufwands, der ab 2009 bei Produkt 2085 veranschlagt wird, der Aufwendungen f. bezogene Leistungen u. des Aufwands f. Betriebsstoffe u. Verbrauchswerkzeuge. Die Beiträge zur Schülerunfallversicherung steigen indessen an.

Ab dem Jahr 2012 fallen zusätzlich jährlich Abschreibungen in Höhe von 11 T€ an. Dies begründet sich in erster Linie in der Fertigstellung der Mensa – Erweiterung der Karl – Kübel – Schule in Bensheim (350 T€ Investitionssumme).

4.2.2.6 Produkt 2080 Schülerbeförderung

Das Defizit erhöht sich aufgrund höherer Schülerbeförderungskosten um 329 T€ auf 7.004 T€.

4.2.2.7 Produkt 2085 Schulverwaltung

Der Überschuss verringert sich um 4.449 T€ auf 20.941 T€. Dieser Rückgang resultiert aus der erstmaligen Veranschlagung des Leasingaufwands für die Medienausstattung an Schulen bei diesem Produkt sowie aus einem höheren Aufwand für Aus- und Fortbildung, der sich in regelmäßigen Fortbildungen der EDV – Beauftragten und der Kollegien sowie den Fortbildungskosten des Personals im Zusammenhang mit der Errichtung von Ganztagesangeboten begründet. Des Weiteren wird die Schulumlage gesenkt.

In 2010 wird mit einem Anstieg der Schulumlage um 4.544 T€ gerechnet. 2011 und 2012 soll die Schulumlage dann konstant bleiben. Der Zuschuss an den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft soll 2010 um rd. 250 T€ und im Jahr 2011 um 1.000 T€ reduziert werden. In den Jahren 2010 bis 2012 erhöhen sich die Abschreibungen um jeweils 59 T€. Dies resultiert hauptsächlich aus den jährlichen Investitionen in die Medienausstattung (je 250 T€).

4.2.3 Teilhaushalt 3 Soziales und Jugend

Das Defizit des Teilhaushalts 3 erhöht sich im Jahr 2009 um 4.148 T€ auf 73.858 T€. Die Erträge aus Transferleistungen sind ebenso rückläufig wie die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen. Bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen ist ein Anstieg zu verzeichnen. Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse er-

höhen sich ebenso wie die Transferaufwendungen. Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ist hingegen ein Rückgang zu verzeichnen.

4.2.3.1 Produkt 3010 Hilfe zum Lebensunterhalt

Das Defizit erhöht sich um 182 T€ auf rd. 1.780 T€. Dies begründet sich in erster Linie im Rückgang des Kostenersatzes außerhalb von Einrichtungen sowie im Rückgang der Erträge aus übergeleiteten Unterhaltsansprüchen. Bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen hingegen können Einsparungen erzielt werden. Des Weiteren sind die Sozialhilfeleistungen außerhalb von Einrichtungen sowie die erhöhte HLU für Minderjährige außerhalb von Einrichtungen rückläufig.

Für die Jahre 2010 bis 2012 werden rückläufige Fallzahlen erwartet. Es wird daher weiterhin von einer jährlichen durchschnittlichen Entlastung in Höhe von rd. 245 T€ ausgegangen.

4.2.3.2 Produkt 3020 Hilfe zur Pflege

Das Defizit erhöht sich um rd. 290 T€ auf 5.108 T€. Ursächlich hierfür ist eine erwartete Fallsteigerung von 6,7% bei Sozialhilfeleistungen in Einrichtungen.

4.2.3.3 Produkt 3030 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Das Defizit erhöht sich um 357 T€ auf 5.247 T€. Hauptgrund für diese Entwicklung sind die Mehraufwendungen, die durch den Auf- und Ausbau von Integrationsplätzen für Kinder mit Behinderung unter drei Jahren und Grundschulkindern mit sonderpädagogischen Förderbedarf im Rahmen des Programms „Familienfreundlicher Kreis Bergstraße“ entstehen.

Durch das Konzept „Familienfreundlicher Kreis Bergstraße“ entstehen in den Jahren 2010 bis 2012 jeweils Mehraufwendungen in Höhe von 400 T€.

4.2.3.4 Produkt 3040 Hilfen zur Gesundheit

Das Defizit verringert sich um 10 T€ auf 1.523 T€. Hauptgrund hierfür ist ein Anstieg der Erträge aus Transferleistungen.

In den Jahren 2011 und 2012 wird mit einem Rückgang der Transferleistungen um 78 T€ bzw. 192 T€ gerechnet, da sich die Anspruchsgruppe reduzieren wird.

4.2.3.5 Produkt 3060 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Das Defizit erhöht sich um 1.294 T€ auf 8.324 T€. Dieser erhebliche Anstieg begründet sich in einer erwarteten Steigerung der Fallzahlen um 5,8% p. a. bei Leistungen innerhalb von Einrichtungen und 14,45% p. a. bei Leistungen außerhalb von Einrichtungen.

In den Jahren 2010 bis 2012 muss aufgrund der demografischen Entwicklung mit einem kontinuierlich ansteigenden Defizit gerechnet werden. 2010 wird sich das Rechnungsergebnis voraussichtlich um 1.320 T€, 2011 um 1.507 T€ und 2012 um 1.721 T€ verschlechtern. Die Berechnung basiert auf einer Prognose des paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

4.2.3.6 Produkt 3070 Leistungen nach dem SGB II

Das Defizit erhöht sich um 114 T€ auf 23.605 T€. Ergebnis belastend wirken sich die Erhöhung des Verwaltungskostenbudgets, die u. a. auf die flächendeckende Einführung der Einstiegsoffensive zurückzuführen ist, sowie die geringeren Bundes- und Landeszuweisungen aus.

In den Jahren 2010 bis 2012 wird mit einer Entlastung von 147,5 T€ pro Jahr gerechnet. Dies begründet sich in der Annahme, dass die Bedarfsgemeinschaften in den nächsten Jahren leicht rückläufig sein werden.

4.2.3.7 Produkt 3080 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Das Defizit verringert sich um 481 T€ auf 2.435 T€. Aufgrund rückläufiger Fallzahlen reduzieren sich die Erträge und die Aufwendungen. So sind beispielsweise die Unterkunftskosten für Gemeinschaftsunterkünfte und Wohnungen stark rückläufig.

Aufgrund verringerter Abgangszahlen werden in den Jahren 2010 bis 2012 höhere Landeszuweisungen (günstigere Abrechenbarkeit der erstattungsfähigen Personen) und eine weniger starke Ausgabenreduzierung wie bisher (ungünstigere Kostenentwicklung der HLU, KdU und Krankenkosten) prognostiziert. 2010 wird mit einer Ergebnisverbesserung um 552 T€, 2011 um 553 T€ und 2012 um 54 T€ gerechnet.

4.2.3.8 Produkt 3120 Unterhaltsvorschussleistungen

Das Defizit verringert sich um rd. 75 T€ auf rd. 725 T€. Dies begründet sich in einem Anstieg der Erträge aus übergeleiteten Unterhaltsansprüchen gegen Unterhaltspflichtige und aus gesunkenen Personal- und Versorgungsaufwendungen.

4.2.3.9 Produkt 3140 Förderung v. Kindern u. Jugendl. in Institutionen u. Tagespflege

Das Defizit erhöht sich um 1.349 T€ auf 4.222 T€. Hauptgrund für diese dramatische Verschlechterung sind höhere Jugendhilfeleistungen außerhalb von Einrichtungen. Die Kalkulation berücksichtigt die Kostenübernahme für Kinder in Tagespflege (§ 23 SGB VIII). Zusätzlich zu den lfd. Geldleistungen sind die monatlichen Kosten der Altersvorsorge u. der Unfallversicherung zu übernehmen. Diese Kosten sind auch dann zu übernehmen, wenn kein Pflegegeld durch den öffentlichen Träger gezahlt wird.

Ferner erhöhen sich die Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche. Veranschlagt sind hier die Mittel im Bereich Kindertagespflege, Zuschüsse für die Vermittlung von Tagespflegepersonen sowie die Fachstelle Jugendberufshilfe. Rückläufig sind hingegen die Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen. Hierbei handelt es sich um Mittel für Bambini und die Offensive für Kinderbetreuung.

Im Jahr 2010 wird von einer Ergebnisverschlechterung in Höhe von 100 T€ ausgegangen.

4.2.3.10 Produkt 3151 Prävention, Förd.-, Unterstütz- u. erzieh. Beratungsleistungen

Das Defizit erhöht sich um 1.177 T€ auf 2.855 T€. Ursächlich hierfür ist, dass die Erträge aus der Schulumlage ab 2009 über die Interne Leistungsverrechnung abgewi-

ckelt werden. Ferner erhöhen sich die Zuschüsse für lfd. Zwecke an übrige Bereiche. Hierunter fallen die Aufwendungen für Zuschüsse an Jugendleiter, Zuschüsse zur „Fachstelle Jugendberufshilfe“, Aufwendungen für Schülerbetreuung in Trägerschaft Dritter, der Zuschuss für die Jugend- und Drogenberatungsstelle Lampertheim sowie die Kosten für die Maßnahme „Schule und Familie“.

Des Weiteren erhöhen sich die Jugendhilfeleistungen außerhalb von Einrichtungen. Veranschlagt ist der voraussichtliche Bedarf für Angebote der Beratung in allgemeinen Fragen der Erziehung und Entwicklung junger Menschen, Angebote im präventiven Bereich und die Umsetzung des Betreuten Umgangs gem. § 18 Abs. 3 SGB VIII inkl. des Steuerbetrags.

4.2.3.11 Produkt 3170 Hilfe zur Erziehung

Das Defizit erhöht sich um 153 T€ auf 10.926 T€. Dies begründet sich in der Steigerung der Fallzahlen. Bei den Jugendhilfeleistungen außerhalb von Einrichtungen (ambulante Maßnahmen) ist mit einer Steigerung der Fallzahlen auf 215 Fälle und bei den Jugendhilfeleistungen innerhalb von Einrichtungen (stationäre und teilstationäre Maßnahmen) mit einer Steigerung auf 337 Fälle zu rechnen.

4.2.3.12 Produkt 3190 Hilfe für junge Volljährige

Das Defizit erhöht sich um 47 T€ auf rd. 815 T€. Ursächlich dafür ist die Steigerung der Fallzahlen von 13 auf 21 Fälle bei den Jugendhilfeleistungen außerhalb von Einrichtungen.

4.2.3.13 Produkt 3200 Eingliederungshilfe

Das Defizit verringert sich um 374 T€ auf 2.334 T€. Ursächlich hierfür ist ein Rückgang der Jugendhilfeleistungen innerhalb von Einrichtungen, der aus einer Verringerung der Fallzahlen von 50 auf 40 resultiert.

4.2.3.14 Produkt 3210 Andere Aufgaben der Jugendhilfe

Das Defizit erhöht sich um 74 T€ auf 2.312 T€. Dies begründet sich hauptsächlich in höheren Personal- und Versorgungsaufwendungen.

Im Jahr 2010 ist mit einer höheren Kostenerstattung (+ 17 T€) zu rechnen.

4.2.4 Teilhaushalt 4 Gesundheit und Sport

Das Defizit des Teilhaushalts 4 reduziert sich im Jahr 2009 um 54 T€ auf 2.347 T€. Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sinken, die Transferaufwendungen ebenfalls. Die Personal- und Versorgungsaufwendungen erhöhen sich.

4.2.4.1 Produkt 4011 Gesundheitsprävention und -hilfen

Das Defizit verringert sich um 67 T€ auf 1.735 T€. Die Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche, welche die Zuschüsse an Caritas und Diakonie beinhalten, sind rückläufig. Die Personal- und Versorgungsaufwendungen hingegen erhöhen sich.

Durch die Abrechnung der Kosten des schulärztlichen Dienstes über die Schulumlage entstehen sekundäre Aufwendungen in Höhe von rd. 750 T€, die dem Kreis über die Schulumlage bei Produkt 2085 als sekundäre Erträge wieder zufließen.

4.2.4.2 Produkt 4020 Gesundheitsschutz

Das Defizit verringert sich um 146 T€ auf 436 T€. Dies begründet sich in höheren Gebühreneinnahmen bei Besichtigungen, Begehungen und Belehrungen, die zuvor bei Produkt 4011 für Untersuchungen, Prüfungen und Gutachten veranschlagt waren sowie im Entfallen des Aufwands für Praxis- und Laborbedarf und der sachbezogenen Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz. Ferner sind die Personal- und Versorgungsaufwendungen rückläufig.

4.2.5 Teilhaushalt 5 Gestaltung der Umwelt

Das Defizit des Teilhaushalts 5 verringert sich im Jahr 2009 um rd. 413 T€ auf 5.577 T€. Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke gehen zwar zurück. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind jedoch stark rückläufig. Die Personal- und Versorgungsaufwendungen erhöhen sich ebenso wie die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse. Zu berücksichtigen ist die Zuweisung für die Reaktivierung der Überwaldbahn an die kommunale Arbeitsgemeinschaft.

4.2.5.1 Produkt 5010 Räumliche Planung und Entwicklung

Das Defizit erhöht sich um 59 T€ auf 126 T€. Dies begründet sich hauptsächlich in der erstmaligen Veranschlagung eines Aufwands für Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit sowie in den sonstigen Erstattungen an verbundene Unternehmen. Hier sind die Zuweisungen für die Entwicklung der ICE – Strecke im Kreis Bergstraße veranschlagt. Ferner sind erstmals Aufwendungen für die Inanspruchnahme von diversen Beratungsleistungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche veranschlagt worden.

4.2.5.2 Produkt 5020 Dorf- und Regionalentwicklung

Der Überschuss erhöht sich um 173 T€ auf 177 T€. Ursache hierfür ist die Zuordnung der Ansätze für die Mitgliedschaft im Geopark Bergstraße – Odenwald zu dem Produkt 6030.

4.2.5.3 Produkt 5040 Geoinformationssystem (GIS)

Das Defizit erhöht sich um 71 T€ auf 143 T€. Ursächlich dafür ist die erstmalige Veranschlagung der Wartungskosten, die bisher bei Produkt 1070 veranschlagt waren.

Durch den Abschluss eines neuen Rahmenvertrages mit der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation ist in den nächsten Jahren mit Einsparungen zu rechnen. Das Einsparpotential beträgt in den Jahren 2010 bis 2012 jeweils 17,2 T€. Insgesamt kann man von Einsparungen für den Kreishaushalt in Höhe von 344 T€ im Zeitraum 2008 – 2011 ausgehen.

4.2.5.4 Produkt 5051 Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung

Der Überschuss verringert sich um 94 T€ auf 210 T€. Ursächlich hierfür sind geringere Gebühreneinnahmen und höhere Personal- und Versorgungsaufwendungen. Er-

gebnis entlastend wirkt sich hingegen der Rückgang der anderen sonstigen Aufwendungen für bezogene Leistungen aus.

In den Jahren 2010 bis 2012 ist jeweils mit Gebührenmehreinnahmen in Höhe von 10 T€ gegenüber dem Vorjahr zu rechnen.

4.2.5.5 Produkt 5070 Denkmalschutz

Das Defizit verringert sich um 217 T€ auf 281 T€. Maßgeblich hierfür ist die Zuordnung der Aufwendungen für die Reaktivierung der Überwaldbahn zu den Produkten 5100 und 5170.

4.2.5.6 Produkt 5080 Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen

Das Defizit verringert sich um 102 T€ auf 117,5 T€. Dies resultiert aus der Zuordnung des Zuschusses an das SEBZ zu Produkt 6030.

4.2.5.7 Produkt 5090 Verwaltung der Kreisstraßen

Das Defizit verringert sich um 549 T€ auf 2.120 T€. Ursächlich dafür ist in erster Linie der rückläufige Instandhaltungsaufwand nach erfolgter Abstufung sowie der Zuschuss für den Betrieb und die Unterhaltung der Neckarfähre.

In den Jahren 2010 bis 2012 wird von einer Ergebnisverbesserung bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 50 T€ pro Jahr ausgegangen. Allerdings muss in diesem Zeitraum auch mit einem Mehraufwand in Höhe von 169,4 T€ aufgrund von Abschreibungen gerechnet werden. Dies begründet sich in der Fertigstellung folgender investiver Maßnahmen: Ausbau der OD Rimbach, K 8 (Fertigstellung: 2010, Investitionssumme: 475 T€), Verbreiterung und Ausbau der K 11 (Fertigstellung: 2011, Investitionssumme: 1.520 T€), Neu- und Ausbau der K 24 (Fertigstellung: 2012, Investitionssumme: 2.000 T€) sowie dem Ausbau der K 55 / K 56 (Fertigstellung: 2010, Investitionssumme: 1.937 T€).

4.2.5.8 Produkt 5100 Öffentlicher Personennahverkehr

Das Defizit erhöht sich um 237 T€ auf 1.807 T€. Dies begründet sich in höheren Abschreibungen auf aktivierte Investitionszuweisungen und durch die Zuwendung für die Reaktivierung der Überwaldbahn an die kommunale Arbeitsgemeinschaft.

Ab 2010 ist mit einem Mehraufwand bei den Abschreibungen in Höhe von 3,5 T€ zu rechnen, ab 2011 mit einem zusätzlichen Mehraufwand von 21,8 T€. Dies begründet sich in der Fertigstellung des Ausbaus der Elsenz- und Schwarzbachtalbahn im Jahr 2010 (Investitionssumme: 122,6 T€) sowie in der Fertigstellung des Ausbaus der 2. Stufe der S – Bahn Rhein – Neckar im Jahr 2011 (Investitionssumme: 762,5 T€). Der Aufwand für die Reaktivierung der Überwaldbahn wird in gleicher Höhe bis zum Jahr 2012 fortgeschrieben.

4.2.5.9 Produkt 5111 Natur- und Artenschutz

Das Defizit erhöht sich um 104 T€ auf 565 T€. Ursächlich hierfür sind höhere Personal- und Versorgungsaufwendungen.

4.2.5.10 Produkt 5170 Tourismus, Wirtschaftsförderung

Das Defizit erhöht sich um 140 T€ auf 879 T€. Dies begründet sich hauptsächlich in der Reaktivierung der Überwaldbahn für touristische Zwecke. 2009 entsteht hierdurch ein Instandhaltungsaufwand in Höhe von 400 T€.

Ab 2010 fallen jährlich 200 T€ Unterhaltungsaufwand sowie 30 T€ Abschreibungsaufwand an.

4.2.6 Teilhaushalt 6 Zentrale Finanzleistungen

Das Defizit erhöht sich um 8.634 T€ auf 77.501 T€. Das Ergebnis ist geprägt vom Kommunalen Finanzausgleich und vom Zinsaufwand. Wesentlich sind ein Anstieg der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie der Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen sowie der Rückgang der Finanzerträge. Im Gegenzug steigen die Erträge aus der Kreisumlage an.

4.2.6.1 Produkt 6010 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Der Überschuss erhöht sich um 13,67 Mio. € auf 91,86 Mio. €. Dies resultiert aus einer um 16,74 Mio. € höheren Kreisumlage. Laut Trendberechnung vom 05.09.2008 erhöhen sich die Kreisumlage- und Verbandsumlagegrundlagen. Auf die als Anlage beigefügte Ergebnis- und Finanzplanung wird hingewiesen. Ergebnis belastend wirkt sich hingegen eine höhere LWV – Umlage (+ 3,04 Mio. €) aus.

Bei der Kreisumlage wird weiterhin mit einer positiven Entwicklung gerechnet. Nach einem Anstieg um 422 T€ im Jahr 2010 sind 2011 Mehreinnahmen in Höhe von 6 Mio. € und 2012 Mehreinnahmen in Höhe von 7 Mio. € zu erwarten. Der Gesamthebesatz in Höhe von 53,75 % bleibt konstant und die Hebesätze der Kreis- und Schulumlage variieren entsprechend der Entwicklung des Schulumlagesolls. Die Berechnung basiert auf den Orientierungsdaten des Hessischen Innenministeriums, die wiederum die Steuerschätzung aus dem Mai 2008 zur Grundlage haben. Es ist kritisch anzumerken, dass die Prognose aufgrund der zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklung (u. a. Zuspitzung der internationalen Finanzmarktkrise) möglicherweise von zu optimistischen Steigerungswerten ausgeht.

Unter Berücksichtigung der Orientierungsdaten des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport (Erlass vom 23.07.2008) ist in den Jahren 2010 bis 2012 mit folgender Entwicklung zu rechnen: Bei den Schlüsselzuweisungen werden Mehrerträge in Höhe von insgesamt 1,92 Mio. € erwartet. Bei der Krankenhausumlage ist mit einem Mehraufwand von insgesamt 440 T€, bei der LWV – Umlage mit einer Belastung von insgesamt 4,28 Mio. € zu rechnen.

4.2.6.2 Produkt 6020 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Das Defizit erhöht sich um 3,76 Mio. € auf 13,16 Mio. €. Ursächlich hierfür ist ein Rückgang des Umsatzes aus Derivatgeschäften. Aufgrund der Situation am Kapitalmarkt werden in einem nicht absehbaren Zeitraum keine neuen Geschäfte abgeschlossen. Ferner beeinträchtigen die steigenden Zinsaufwendungen bei den Kas-

senkrediten das Ergebnis. Der Zuschuss an den Eigenbetrieb „Gebäudewirtschaft“ erhöht sich aufgrund von Sanierungs- und Umbaumaßnahmen an den Verwaltungsgebäuden Benzstraße 2 und Graben 15 in Heppenheim.

2010 ist mit einem Anstieg der Zinsaufwendungen um 295 T€, 2011 um 700 T€ und 2012 um 600 T€ zu rechnen. 2012 wird der o. g. Zuschuss wieder um 1 Mio. € gesenkt.

4.2.6.3 Produkt 6030 Beteiligungsmanagement

Das Produkt 6030 wird 2009 zum ersten Mal beplant. Hier sind Kostenerstattungen, Beiträge an Verbände und Vereine und Zuschüsse an Beteiligungen veranschlagt.

5. Fazit

Bis zum Jahr 2012 ist kein Haushaltsausgleich prognostizierbar. Durch die Zinsbelastung wird das Jahresergebnis defizitär bleiben, obwohl 2012 mit einem Überschuss im Verwaltungsergebnis gerechnet wird. Die bereits kontinuierlich durchgeführten Konsolidierungsmaßnahmen verdeutlichen, dass der Erschließung neuer Potenziale Grenzen gesetzt sind. Auf Grund der dramatischen finanziellen Lage ist der Kreis jedoch gehalten, sämtliche Möglichkeiten zu nutzen, die zu einer Verbesserung der finanziellen Situation führen.

Die Ertragsseite bietet bis auf die Kreisumlage kaum Steuerungsmöglichkeiten für Konsolidierungsansätze. Die positive Entwicklung bei den Umlagegrundlagen muss weiterhin für die Konsolidierung des Kreishaushaltes genutzt werden. Sie reicht jedoch nicht aus, um die zu erwartenden Aufwandssteigerungen ausreichend aufzufangen. Auf der Aufwandsseite wird der Konsolidierungsspielraum genutzt. So werden beispielsweise erhebliche Anstrengungen unternommen, um den Aufwand für Sach- und Dienstleistungen zu reduzieren.

Das grundlegende Problem des Kreishaushalts liegt in einer strukturellen Unterfinanzierung, die sich insbesondere im Teilhaushalt „Soziales und Jugend“ mit einem eklatant hohen Zuschussbedarf bemerkbar macht. Die Evaluation im Sozialhaushalt sowie die strategische Neuausrichtung in der Jugendhilfe sollen hier strukturelle Änderungen herbeiführen. Die grundlegende Konsolidierung der Aufwendungen erfordert jedoch eine Veränderung der Vorgaben und Standards in den Leistungsgesetzen und -tarifen sowie eine stärkere Beteiligung, und nicht wie gegenwärtig zu beobachten eine geringere Beteiligung, von Bund und Land an den Pflichtaufgaben des Kreises.

Zum einen wird die Ergebnis- und Finanzplanung maßgeblich durch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die Finanzausstattung der Kommunen durch das Land geprägt. Der Kreis wird auch zukünftig durch sein Engagement in der Wirtschaftsförderung und als Auftraggeber versuchen, die Steuerkraft der Städte und Gemeinden zu steigern. Dringend notwendig ist allerdings eine Änderung der Statik des kommunalen Finanzausgleichs.

Tritt die prognostizierte Entwicklung nicht ein, muss bei einem weiteren Anstieg des negativen Finanzmittelbestandes mit dem Risiko einer weiterhin steigenden Zinsbelastung gerechnet werden. In der Bilanz des Kreises führen die negativen Jahresergebnisse zu einer Aufzehrung des Eigenkapitals. Die Finanzen der Kommunen müssen zum Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung auf ein solideres Fundament ge-

stellt werden. Zurzeit sind in Hessen 15 von 21 Landkreisen unterfinanziert. Um diese Situation zu verbessern, ist eine umfassende Reform des kommunalen Finanzausgleichs notwendig.